



Ausschuss für Kultur und Medien

69. Sitzung (öffentlich)

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gründung eines Beirates für die Niederdeutsche Sprache | 3 |
| | Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11433 | |
| | – Hinzuziehung von Sachverständigen –
<i>(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)</i> | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz
2017) – kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel des Einzelplans
02 und 07 | 22 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500 | |
| | Vorlage 16/4234 (Erläuterungsband Epl 02)
Vorlage 16/4231 (Erläuterungsband Epl 07) | |

Vorlage 16/4303 (Einführungsbericht Epl 07)
Vorlage 16/4322 (Einführungsbericht Epl 02)
Vorlage 16/4362 (schriftl. Beantwortung der Fragen vom 29.09.2016)

**3 Jetzt Rechtssicherheit für offene WLAN-Netze herstellen –
Störerhaftung abschaffen und Login-Pflicht verhindern 30**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13030

4 Verschiedenes 31

a) Termine

b) Düsseldorfer Schauspielhaus

* * *

Aus der Diskussion

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) – kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel des Einzelplans 02 und 07**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4234 (Erläuterungsband Epl 02)
Vorlage 16/4231 (Erläuterungsband Epl 07)
Vorlage 16/4303 (Einführungsbericht Epl 07)
Vorlage 16/4322 (Einführungsbericht Epl 02)
Vorlage 16/4362 (schriftl. Beantwortung der Fragen vom 29.09.2016)

Vorsitzender Karl Schultheis verweist auf die Absprache der Obleute, mögliche Änderungsanträge in einer zusätzlichen Sitzung am 22. November 2016 zu beraten. Nun beginne man zunächst mit der Aussprache zum Einzelplan 02. Die Obleute hätten sich ebenfalls darauf verständigt, bei möglichen Abstimmungen heute in Fraktionsstärke zu beschließen.

Thorsten Schick (CDU) meint, im Grunde genommen könne er auf seine Ausführungen zum Haushalt des letzten Jahres verweisen, da sich im Haushaltsentwurf nicht viel Neues finde und er hauptsächlich überrollt werde. Sorgen bereite ihm das Grimme-Institut, das im Jahr 2015 einen Verlust von 95.000 € erwirtschaftet habe. Dadurch reduziere sich das Eigenkapital auf nur noch 213.000 €, sodass man bei weiteren negativen Abschlüssen riskiere, dass eines der profiliertesten Institute in Nordrhein-Westfalen noch schwereren Zeiten entgegengehe. Als Gesellschafter sei das Land in besonderer Weise gefordert. Man müsse wirtschaftliche Antworten finden, damit das Grimme-Institut in nicht noch stärkere wirtschaftliche Schieflage gerate.

Thomas Nüchel (FDP) schließt sich den Ausführungen von Thorsten Schick an. Die 12,7 Millionen € der letzten Jahre würden fortgeschrieben. Bedauerlicherweise könne man beim Haushalt nicht wie beim Rundfunkbeitrag verfahren, bei dem man die Beitragszahler nach Belieben schröpfe, auch wenn die KEF an sich eine Senkung berechne. Allerdings bediene sich die Landesregierung für diverse Spielwiesen aus dem Beitragstopf, sodass ihr selbstverständlich an steigenden Rundfunkbeiträgen gelegen sei. Durch die Kürzung im Medienhaushalt in den vergangenen Jahren habe man bereits auf die Zweckentfremdung von Rundfunkmitteln zum Stopfen von Haushaltslöchern zurückgegriffen.

Der Minister habe bereits einige Themen wie schrumpfende Zeitungsauflagen und die Frage angesprochen, wer für die Verkleinerung der Redaktionen verantwortlich sei. Er

erinnert an die Initiative der FDP-Fraktion für einen gemeinnützigen Journalismus. Was beim Freifunk sehr schnell möglich sei, gehe beim Journalismus angeblich nicht, was möglicherweise der Bitternis geschuldet sei, dass die gegründete Stiftung, deren Namen bereits nicht mehr existiere, nicht das bringe, was man sich erwartet habe. Darin sehe er ein Indiz für das Absenken der Ansprüche in diesem Bereich. Er pflichtet Ernst-Wilhelm Rahe bei, der die Umbenennung der Stiftung in der Medienkommission kritisiert habe, weil das zu ihrer Bedeutungslosigkeit beitrage.

Die Halbherzigkeit in der Medienpolitik zeige sich auch beim Medienforum, dessen Bedeutung und Relevanz weiter nachlasse. Dabei dürfe man es nicht auf sinkende Besucherzahlen reduzieren; allein er habe in diesem Jahr 200 Besucher veranlasst, sich das einmal anzuschauen. Es reiche nicht aus, wenn man das Medienforum an verantwortlicher Stelle einfach nicht so wie in München haben wolle. Dabei habe München Schlagzeilen und inhaltliche Ansätze beim Thema künstliche Intelligenz gehabt. In NRW brauche man innovativere Ansätze.

Thorsten Schick habe bereits auf das Grimme-Institut hingewiesen, das hinter den sieben Bergen in Marl abgetaucht sei, was möglicherweise auch für das Forschungskolleg gelte. Es gebe zwar einen Auftakt, aber mehr noch nicht; alles laufe recht zäh. Daher müsse man in NRW von einem wenig inspirierten Medienhaushalt sprechen.

Lukas Lamla (PIRATEN) widerspricht Thomas Nückel, die Gemeinnützigkeit beim Freifunk sei nicht so einfach, wie sich in der Plenardebatte gezeigt habe. Seine Fraktion könne diesen Sachverhalt auch auf den Lokaljournalismus übertragen und befinde sich insofern auf einer Linie mit der FDP-Fraktion. Beim Freifunk gebe es im Hintergrund offensichtlich Blockaden, die ihm nicht bekannt seien.

Er begrüßt, dass der Staatssekretär die Förderung von Fortbildungen, Veranstaltungen und für Infrastruktur des Freifunks aufgenommen habe. Er bittet um einen Überblick, wie viele Fördermittel bislang abgerufen worden seien, ob dies den Erwartungen der Landesregierung entspreche oder ob es möglicherweise gar keinen Erfolg habe, denn schließlich handele es sich um eine relativ neue Bewegung und um Menschen, die bislang noch keinen Kontakt zu einer solchen Förderung gehabt hätten.

Alexander Vogt (SPD) wirft Thorsten Schick vor, sich den Haushalt überhaupt nicht angeschaut zu haben, zu dem er jedenfalls keine Anmerkungen gemacht habe. Vielmehr sage er dasselbe wie sein Vorgänger, entwickle keine eigenen Ideen und gebe eine inhaltsleere Wortmeldung ab.

Thomas Nückel kritisiere wie auch in den vergangenen Jahren zwei Punkte, reibe sich diesmal aber nicht inhaltlich, sondern am Namen der Stiftung auf. Beim Medienforum wiederhole er seine jährliche floskelhafte Forderung, die Landesregierung müsse innovativer sein, ohne einen einzigen eigenen Vorschlag zu bringen. Das Medienforum strahle weit über Nordrhein-Westfalen hinaus, was sich auch im Haushalt abbilde. Die Film- und Medienstiftung, die das Medienforum mit organisiere, habe sich als Einrichtung bewährt ebenso wie die Weiterentwicklung hinein in den Games-Bereich. Denn der Haushalt fördere nicht nur den Film- und Kinostandort Nordrhein-Westfalen, sondern den Games-Bereich als Arbeitgeber und kulturellen Faktor ebenso.

Die Medienkompetenz als gesetztes Thema der Landesregierung finde sich schon seit mehreren Jahren im Haushalt wieder. Beim Medienforum habe die Ministerpräsidentin die wichtigen Fragen aufgeworfen, wie es sich mit der Radikalisierung im Netz verhalte, und den Netzkodex ins Spiel gebracht. Hier bringe man einiges auf den Weg.

Beim Freifunk stehe Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern sowohl bei der finanziellen Förderung als auch bei ideeller Beratungsleistung an der Spitze. Zudem werde das Land mit Initiativen wie „100xWLAN“ selbst aktiv. Das könne sich sehen lassen und strahle durchaus über Nordrhein-Westfalen hinaus.

Die Landesregierung lege einen guten Medienhaushalt vor, der die bereits in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten guten Dinge fortschreibe. In der zusätzlichen Sitzung des Ausschusses werde man vielleicht das eine oder andere durch Änderungsanträge noch etwas verbessern können.

StS Dr. Marc-Jan Eumann (Staatskanzlei) begrüßt die seiner Meinung nach positive Einschätzung der Bedeutung des Grimme-Instituts durch Thorsten Schick. Als Gesellschafterin sei die Landesregierung dem Haushaltsgesetzgeber sehr dankbar dafür, bereits im laufenden Haushaltsjahr den institutionellen Förderzuschuss für das Grimme-Institut von 1,12 Millionen € im Jahr 2015 auf 1,42 Millionen € im Ansatz 2016 angehoben zu haben, den man im Ansatz für das Jahr 2017 fortschreibe. Aus der letzten Aufsichtsratssitzung wisse er, dass alle Beteiligten diese Anstrengungen insbesondere der letzten zwei Jahre außerordentlich schätzten.

Die Idee, über das Forschungskolleg zu einer Vernetzung sehr unterschiedlicher Forschungsinitiativen zu kommen, trage Früchte. Er regt an, Frau Dr. Gerlach und den wissenschaftlichen Direktor des Forschungskollegs in den Ausschuss einzuladen, um sich die weitergehende Vernetzungsidee vortragen zu lassen. Das Forschungskolleg sei darüber hinaus erfolgreicher Partner in der Initiative für das Deutsche Internetinstitut in der ersten Runde. Bekanntermaßen gebe es ein nordrhein-westfälisches Konsortium, an dem das Grimme-Institut beteiligt sei und seine anerkannte Expertise einbringe.

Thomas Nüchel gehöre vermutlich zu den wenigen, die die aktuellen Münchener Medientage so hochjubelten, die sich gegenwärtig in einem Transformationsprozess befänden, wie man ihn beispielsweise bei der ANGA COM sehr gut bewerkstelligt habe. Er freue sich auf die seiner ganz eigenen Art entsprechenden konstruktiven Begleitung von Thomas Nüchel. Opposition sei eben doch etwas sehr Schönes.

Die einzig konkrete Frage habe Lukas Lamla gestellt, allerdings nicht zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2017, sondern zum Vollzug des Haushaltes für das Jahr 2016. Gegenwärtig liege der Arbeitsschwerpunkt tatsächlich auf der intensiven Beratung, weil sehr unterschiedliche Welten aufeinanderträfen, nämlich auf der einen Seite ein notwendiges, kontrolliertes und nachprüfbares Fördermanagement und auf der anderen Seite die Freifunkinitiativen, die sich alle außerhalb von Vereins- und gemeinnützigen Strukturen entwickelt hätten und nun erst allmählich in diese Struktur hineinwüchsen. Durch regelmäßige Besuche des Ministers und ihn selbst erreiche man eine

hohe Aufmerksamkeit für dieses Thema. Er bietet an, eine Übersicht über ausgewählte Projekte und die Volumina zu geben.

Bei der Ausschreibung „100xWLAN“ für öffentliche Gebäude sei man überbucht. Das Reden, das Integrieren und die Unterstützung des Freifunks fielen auf fruchtbaren Boden. Anfang Dezember werde er Genaueres über den Mittelabfluss im Jahr 2016 sagen können. Dann stelle er sehr gerne die entsprechenden Informationen zur Verfügung. Die Landesregierung sei sehr daran interessiert, die vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Mittel an die designierten Destinatäre weiterzugeben. Insofern stehe die Beratungsleistung im Jahr 2016 im Mittelpunkt.

Bevor er nun auf die kulturelevanten Kapitel hinweise, so **Vorsitzender Karl Schultheis**, weise er auf Wunsch von Lisa Steinmann auf die medienpolitische relevante Veranstaltung „Festival for Games“ hin und lasse die entsprechende Einladung herumgehen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) bedankt sich eingangs für die schriftliche Beantwortung der Fragen durch das Ministerium. Der Landeshaushalt insgesamt steige in diesem Jahr um 5,26 Prozent. Der Haushalt des MFKJKS steige um 14,6 Prozent. Der Kulturetat steige um 0,27 Prozent, was die Bedeutung der Kulturpolitik in diesem Land belege. Gerade in der Kultur habe man es ganz wesentlich mit Personalausgaben zu tun. Ähnlich der KEF bei den Rundfunkanstalten müsse man bei den Theatern beispielsweise den konkreten Bedarf berechnen, die bei gleichbleibender Förderung nicht mehr wüssten, wie sie die Steigerungen wie in den letzten Jahren bezahlen sollten. Das gelte darüber hinaus auch für soziokulturelle Zentren sowie für alle anderen kulturellen Einrichtungen. Ausbaden müssten dies in der Regel die Künstlerinnen und Künstler, die so wenig verdienten wie noch nie zuvor. Die Ausgaben für Kultur stagnierten und berücksichtigten noch nicht einmal die Personalkostensteigerungen. Initiativen wie der Kulturförderplan müssten daher notwendigerweise fad und flau bleiben, wenn sie nicht wenigstens mit einer Abgleichung der notwendigen Steuerungsraten für die Personalkosten abgedeckt seien.

Dass es auch anders gehe, zeige der Bund. Der Etat des Bundeskulturministeriums steige in diesem Jahr um 5,8 Prozent. Dieses Geld lege der Bund in einer Materie noch mal drauf, die gar nicht zu seinem Bereich gehöre. Der Bund stoße aber zunehmend in ein Vakuum, das dadurch entstehe, dass die Länder nicht mehr bereit seien, ihre verfassungsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Bundesetat für die Kultur werde dann 1,35 Milliarden € umfassen, was 0,4 Prozent des Bundeshaushalts entspreche.

Rechne man diese 1,35 Milliarden € nach dem Königsteiner Schlüssel um, für Nordrhein-Westfalen im Moment 21,2 Prozent, wären das 286,2 Millionen € für Nordrhein-Westfalen. Das wiederum wären fast 100 Millionen € mehr als der Landeskulturetat. Die Länder ließen hier sehenden Auges eine ihrer Grundkompetenzen auf den Bund übergehen. Diese Kritik müsse sich insbesondere Nordrhein-Westfalen gefallen lassen. Das Land sei nicht bereit, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Kulturanteil am Landesetat sei minimal. In der Vergangenheit sei es um 3,2 Promille gegangen. Gegenwärtig spreche man von 2,59 Promille.

Man müsse daher die Frage stellen, was man eigentlich im Land tue, was Kultur eigentlich für das Land bedeute, wenn das Land nicht mehr als diese jedes Jahr zurückgehende Summe zur Verfügung stelle.

Lukas Lamla (PIRATEN) schließt sich Thomas Sternberg an, korrigiert allerdings, er komme auf gerundet 2,8 Promille. Jedenfalls handele es sich um ernüchternde Zahlen. In ihrer letzten Rede zum Kulturhaushalt habe die Ministerin sehr starke Bilder von vor dem Bürgerkrieg geflüchteten Kindern aus Syrien bemüht, die in Theaterstücken das Erlebte verarbeitet. In diesem Zusammenhang habe sie auch von persönlichen Schwerpunkten gesprochen, die sie in ihr Haus einbringe, wie beispielsweise die individuelle Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, kulturelle Bildung und die Digitalisierung von Kunst und Kultur. Angesichts der Zahl von 2,8 Promille finde er die Worte der Ministerin enttäuschend.

Die Ministerin habe inzwischen ein Jahr lang Zeit gehabt, sich in ihren neuen Aufgabenbereich einzufinden und in den eigenen Reihen für ihre Themen und ihre Schwerpunkte zu kämpfen. Das Ergebnis betrage 2,8 Promille. Er möchte wissen, ob die Ministerin das erwartet habe und ob die Ministerin mit diesem Betrag ihren eigenen Erwartungen gerecht werde.

Thomas Nüchel (FDP) meint, mit dem Haushalt bleibe man mehr oder weniger auf dem Niveau des Vorjahres, damit aber immer noch gut 10 Millionen € unter dem Etat des Jahres 2012. Das zeige sehr deutlich, dass das Land Kultur und Kulturförderung sehr stiefmütterlich behandle. Dies sei auch in der Anhörung zum Kulturförderplan deutlich geworden, als der Vertreter des Städtetages Vergleiche zu anderen Bundesländern angestellt habe. Das stelle NRW kein gutes Zeugnis aus, was daran liegen möge, dass Kulturpolitik in der rot-grünen Landesregierung insgesamt keinen hohen Stellenwert habe.

Die Kommunen könnten ihre Theater und Orchester nicht finanzieren, aber die Landesregierung versuche tragischerweise, die Defizite mit starken Bildern leeren Worten und hehren Versprechungen zu kaschieren. Stattdessen lege man einen Kulturförderplan vor, dessen Formulierungen an vielen Stellen völlig korrekt sein, den man aber nicht mit den entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlege. Das bringe nicht viel. Wo man finanzielle Förderung in Aussicht stelle, fordere man zugleich Kriterien ein, die offensichtlich nur aus der ideologischen Vorstellungswelt von Bürokraten kommen könnten. Bei der regionalen Kulturförderung zu verlangen, dass die Themen Struktur- und Klimawandel Grundvoraussetzung für zu fördernde Projekte sein sollten, halte er für ein Gängelband der Künstler.

In Bezug auf die Digitalisierung lasse Rot-Grün Kunst und Kultur alleine und setze damit die Zukunftsfähigkeit der nach wie vor tollen und vielfältigen Landschaft in Nordrhein-Westfalen fahrlässig aufs Spiel.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meint, Thomas Sternberg habe zwar viele Zahlen, aber keine Inhalte genannt. Tatsache sei, dass die Landesregierung den Haushalt um 527.000 €

auf 187.186.400 € erhöhe. Selbstverständlich verhandelten die Koalitionsfraktionen derzeit über eine Erhöhung durch Änderungsanträge.

Schwerpunkte des Haushalts lägen im Programm für die nachhaltige Integration von Geflüchteten und zugewanderten mit einem Volumen von 1,25 Millionen €. Sie halte es für bemerkenswert, dass es von Anfang an bei den organisierten Kulturinstitutionen in Nordrhein-Westfalen eine hohe Bereitschaft zur Projektübernahme, zur Vernetzung und zu weiteren Projekten für eine nachhaltige Integration gegeben habe. Viele auch in diesem Ausschuss hätten sich eingebracht, um dieses Thema intensiv zu verankern.

Einen weiteren Schwerpunkt stelle die individuelle Förderung von Künstlerinnen und Künstlern dar wie die Einrichtung eines landesweit wirksamen Produktionsortes für Jazz und improvisierte Musik im Stadtgarten Köln, die geplante Einrichtung eines Landesbüros für bildende Kunst in Verbindung mit dem Kunsthaus Kornelimünster sowie die Etablierung eines Studiengangs literarisches Schreiben. Sie begrüße es sehr, dass dieser Studiengang an der Kunsthochschule für Medien in Köln angesiedelt werde in Zusammenarbeit mit der Droste-Hülshoff-Stiftung Münster.

Ein dritter Schwerpunkt liege auf der Digitalisierung. Als Stichworte nennt sie das Digitale Archiv NRW sowie Lernort Bibliotheken.

Einen vierten Schwerpunkt bilde die kulturelle Bildung, bei der es um die drei großen Landesprogramme gehe, die im kommenden Jahr mit fast 19 Millionen € gefördert würden, nämlich Kultur und Schule, der Kulturrucksack und JEKISS. Ein Drittel aller Grundschulkinder solle im kommenden Jahr mit diesem Programm erreicht werden.

Einen letzten Schwerpunkt stelle die Förderung des Pina-Bausch-Zentrums dar, für das perspektivisch 12 Millionen € eingeplant würden.

Es freue sie sehr, dass es mit dem Haushalt für das Jahr 2017 gelinge, die tariflich bedingten Steigerungen der Personalkosten zumindest teilweise aufzufangen, die die künstlerischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kultureinrichtungen bei gleichbleibender Förderung immer mehr einschränkten.

Ebenfalls begrüße sie es sehr, dass das Land für den Darlehensbetrag der NRW.Bank an die Stiftung Kunstsammlung NRW für den Erwerb der Kunstsammlung der Portigon AG eine Bürgschaftserklärung abgegeben hat. Zudem sichert das Land die zu leistenden Zins- und Tilgungsbelastungen für die zukünftigen Haushalte durch eine Verpflichtungsermächtigung ab.

Somit würden wichtige Schwerpunkte gesetzt, die alle mit Geld hinterlegt würden. Zudem habe man zusätzliche Initiativen auf den Weg gebracht. Damit setze der Kulturhaushalt für das Jahr 2017 einen guten Rahmen, um die wichtigen auch im Kulturförderplan festgelegten Schwerpunkte zu unterstützen und voranzutreiben. Damit könne es ebenfalls gelingen, die wichtigen Integrationsaufgaben durch die Mittel, die in den Kulturbereich fließen, abzusichern und zu verstetigen.

Nach wie vor gebe es in Nordrhein-Westfalen eine Kulturszene und eine Kulturlandschaft, um die man sehr beneidet werde, meint **Andreas Bialas (SPD)**. Diese Aufgabe teile man sich zwischen Land und Kommunen mit Unterstützung des Bundes. Er wäre

sehr froh, wenn die Mittel des Bundes tatsächlich in der Aufteilung nach dem Königsteiner Schlüssel nach Nordrhein-Westfalen fließen würden, was sie mitnichten täten. Selbstverständlich trete man an den Bund keine Aufgabe ab oder gebe sie dem Bund gegenüber auf.

Hätten Rot-Grün in den letzten Jahren nicht so viel für die Kommunen getan, wären bereits viele kommunale Theater geschlossen worden. Der vorliegende Haushaltsentwurf berücksichtige noch nicht den beschlossenen Nachtragshaushalt sowie die 2,5 Millionen € für Integrationsarbeit, die für 2017 noch ausstünden. Darüber hinaus werde es selbstverständlich noch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen geben. Dann werde sich sehr deutlich zeigen, welche Rolle Kultur Spiele und welche wichtigen Wert man ihr beimesse.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) greift die Ausführungen der Vorredner der Opposition auf, der Kulturhaushalt sei aus der Balance geraten. In NRW schreie alles nach Innovationen, nach Start-ups und nach Wirtschaftsförderung, wundere sich allerdings, warum man nach Berlin abwandere. Kulturförderung sei auch Wirtschaftsförderung. Einige Theater in Nordrhein-Westfalen befänden sich an der Grasnarbe, nämlich beim Mindestlohn oder sogar darunter. Die Koalitionsfraktionen könnten die Kulturszene noch so hochloben, aber darauf dürfe man sich nicht ausruhen. Die Landesregierung müsse tiefer in die Tasche greifen. Alle wüssten, woher die Probleme rührten: Wenn die anderen sagten, wo das Geld seit Beginn des Jahrtausends geblieben sei, sage er, wofür man es verwenden könne. So gehe es allerdings nicht. Dieser Haushalt sei für seine Fraktion nicht akzeptabel.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) resümiert nach den Ausführungen der Opposition, Kulturförderung lasse sich anscheinend auf den finanziellen Aspekt begrenzen. Dies gelte mitnichten für die Wertschätzung der Landesregierung. Daher sei sie sehr erfreut, dass man den Kulturhaushalt in finanziell schwierigen Zeiten nicht nur halten, sondern sogar leicht erhöhen könne. Zudem bleibe die vom Finanzminister angekündigte Ergänzungsvorlage abzuwarten.

Thomas Sternberg hält sie entgegen, den Kulturförderplan und die beteiligungsorientierte Mitwirkung diskreditieren man, wenn man den Kulturförderplan auf die Finanzierung reduziere, denn seine Aufgaben gingen weit darüber hinaus. Selbstverständlich sei die Frage der Finanzierung entscheidend, sie sei aber nicht alleine erheblich.

Dass die Situation der Theater und Orchester in Nordrhein-Westfalen nicht einfach ist, sei ihr durchaus bewusst. Aus diesem Grund habe sie gestern zur Theater- und Orchesterkonferenz eingeladen, sehr ausführlich mit den Beteiligten diskutiert und einen Weg vereinbart, der für die Zukunft tragfähig sei und die Situation verbessern werde.

Das Programm zur individuellen Förderung der Künstlerinnen und Künstler sei bereits sehr erfolgreich angelaufen, sodass es einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Künstlerinnen und Künstler in Nordrhein-Westfalen leisten werde. Zudem übernehme das Land einen Teil der Personalkostensteigerung.

Sie freue sich, dass ihre Bilder Lukas Lamla so beeindruckten. Die Schwerpunkte ließen sich auch hier nicht ausschließlich auf den finanziellen Aspekt reduzieren, sondern das man handele. So habe man beispielsweise einen sehr spannenden kulturpolitischen Dialog zur Digitalisierung durchgeführt. Thomas Nückel erwidert sie, es könne also keine Rede davon sein, dass man die Akteure in Nordrhein-Westfalen alleine lasse, sondern im Gegenteil passiere gegenwärtig sehr viel. Darüber hinaus habe sich das Ministerium über die weitere politische Unterstützung Gedanken gemacht. Gerade für die Arbeit mit geflüchteten Kindern gebe es mehr Mittel.

Der Vergleich mit anderen Bundesländern sei immer schnell bei der Hand. Er hinke aber, weil es historisch gewachsen sei, dass die Kommunen einen großen Anteil an der Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen trügen, nämlich in etwa 80 Prozent.

MR Wolfram Kullmann (MFKJKS) ergänzt, die Erhöhung um 527.000 € wäre dreimal so hoch, wenn man nicht die Mittel für das Pina-Bausch-Zentrum absetzen müsste, weil sich die Bauphasen verzögert haben. Dies könne man am Titel 883 91 erkennen.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) entgegnet der Ministerin, zwar erkenne er bei allem Respekt an, dass es sich um ein rhetorisch legitimes Mittel handele, die Argumentation der Opposition dadurch zu diskreditieren, dass man ihr vorwerfe, sie kümmere sich nur um die Finanzen. Für das Protokoll wolle er aber anmerken, dass man sich in einer Haushaltsdebatte befinde.

Vorsitzender Karl Schultheis weist nochmals auf die Beratung der Änderungsanträge in der zusätzlichen Sitzung am 22. November 2016 hin. Änderungsanträge seien mindestens einen Tag vorher in schriftlicher Form an das Ausschusssekretariat weiterzuleiten; sodann würden sie allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. In dieser Sitzung werde man nur entsprechend schriftlich eingereichte Änderungsanträge behandeln. Mündliche Anträge würden nicht zur Abstimmung gestellt.